



© Peter Malsbury – iStockphoto

3.2.5 Wasserknappheit und kriegerische Konflikte

CHRISTIANE FRÖHLICH

Water scarcity and violent conflict: »Water is life« is a well-known dictum. Following its logic, water scarcity poses an existential threat to life, potentially leading to conflict and even war. However, research has established that there is no simple or direct causality between water scarcity and war. There even are indicators that this causal chain is not only questionable, but potentially dangerous, since such generalisation renders the concept of scarcity imprecise and therefore useless. In recent years, a new approach has begun to explore water scarcity and conflict from a constructivist point of view, which finally takes into account different perceptions of water which fuel conflict and hinder conflict resolution. The following article outlines the main research strands and sketches a number of existing conflicts over water in different areas of the world.

Grundsätzlich kann die Verknappung einer lebenswichtigen Ressource wie Wasser zu Verteilungskonflikten führen. Diese erhalten besondere Sprengkraft in Regionen, die politisch eher von Konfrontation als von Kooperation geprägt sind. In einem solchen politischen Klima wird wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbstversorgung meist als nationales Sicherheitsinteresse angesehen. Um dies zu erreichen, ist jedoch zwangsläufig der Zugang zu ausreichenden Mengen Wassers notwendig, denn ohne Wasser ist weder wirtschaftliche Entwicklung noch eine ausreichende Lebensmittelproduktion möglich. So wird Wasser auf den ersten Blick zum Nullsummenspiel, denn es steht Anspruch gegen Anspruch.

Doch hängt Ressourcen-, also auch Wasserknappheit tatsächlich mit dem Ausbrechen kriegerischer Kon-

flikte zusammen, und wenn ja, wie? Die wichtigsten Theoriestränge dazu werden im Folgenden vorgestellt, gefolgt von vier Beispielen für internationale Wasserverteilungskonflikte.

Die wichtigsten theoretischen Ansätze¹

Die theoretischen Arbeiten zur Umweltkonfliktforschung gliedern sich in vier aufeinander aufbauenden Generationen. Die erste Generation entstand vor dem Hintergrund wachsender Erkenntnisse über die Folgen von Umweltzerstörung. Als Hauptvertreter sind Mathews, Kaplan und Connelly sowie Kennedy zu nennen, die für eine selektive aber nichtsdestoweniger machtvolle Verbindung von Politik und Wissenschaft stehen. In dieser ersten Generation ging es vor allem

Aus: *WARNSIGNAL KLIMA: Genug Wasser für alle? 3. Auflage (2011)*
- Hrsg. Lozán, J. L. H. Graßl, P. Hupfer, L. Karbe & C.-D. Schönwiese

um die konzeptionelle Frage, ob und wie Umweltthemen in Fragen der Sicherheit einbezogen werden können². Es entstand der Begriff der »Ökologischen Sicherheit«, den die erste Generation als Bezeichnung für die konfliktträchtige Verbindung zwischen Untereentwicklung, Umweltproblemen, wachsender Armut und sicherheitsbedrohenden militärischen Spannungen interpretierte. Dem entgegen standen Kritiker, die in dieser quasi »nationalstaatlichen« Interpretation den falschen Weg sahen: Eine auf einzelne Staaten reduzierte Behandlung von Umweltproblemen greife zu kurz, da diese nicht räumlich oder sozial eingrenzbar seien, sondern vielmehr globalen Charakter hätten.

Diese Kritiker bildeten die zweite Generation der Umweltkonfliktforschung. Insbesondere bemängelten sie, dass es der ersten an empirischen Belegen für die Relevanz des Konzepts Ökologische Sicherheit mangle. Daraufhin wurden in großem Maßstab empirische Studien durchgeführt. Den Forschern dieser Generation wird Neomalthusianismus³ vorgeworfen, da das globale Bevölkerungswachstum in ihrer Analyse von Ressourcenknappheit eine zentrale Rolle spielt. Sie betonen, dass durch die wachsende Weltbevölkerung ökologische Knappheit unausweichlich sei, dass diese soziale Folgen wie Migration und Armut mit sich bringe, und dass daraus letztlich gewaltsame Konflikte entstünden.

Die eindimensionale Kausalität dieser Knappheitsargumentation wurde von der dritten Forschungsgeneration kritisiert. So erweiterten die »Kornukopianer« (von lateinisch »cornucopia«, »Füllhorn«) ihre Analyse um Fälle friedlicher Lösungen von Ressourcenkonflikten und betonten, dass in der Regel mehrere Ursachen zur Entstehung von Konflikten beitragen. Die Anhänger dieses Ansatzes gehen davon aus, dass es auf der Erde ausreichend Wasser gibt; das Problem liege vor allem in der Art der Wassernutzung⁴. So werden etwa die Landwirtschaft und ihre Bewässerungstechniken als Hauptproblem angesehen. Staatliche und territoriale Kontrolle wird mit der Verfügbarkeit über und

der Ausbeutung von reichen Ressourcenvorkommen gleichgesetzt. In Konflikten ist Wasser laut diesem Ansatz immer nur ein Teilaspekt. Darüber hinaus geht dieser Forschungsstrang von der empirischen Erfahrung aus, dass Wasser auch in Konfliktsituationen großes Kooperationspotenzial besitzt (vgl. z.B. WOLF 2001).

Letztlich liefert allerdings auch diese dritte Generation kein neues Modell für den hypothesierten kausalen Zusammenhang zwischen Ressourcenknappheit und Konflikt und keine fundierte Erklärung für das Andauern von Wasserverteilungskonflikten auch dort, wo ausreichende Wassermengen oder technische Lösungsmöglichkeiten vorhanden sind. In den letzten Jahren hat sich deshalb eine vierte Generation von Umwelt- bzw. Wasserkonfliktforschern herausgebildet. Die Forscher dieser Generation monieren etwa die bislang vorwiegende Konzentration auf internationale Ressourcenkonflikte zu Ungunsten sub-staatlicher Konflikte, die oft bereits gewaltsam ausgetragen werden. Auch das Konzept »Knappheit« bleibe mehrdeutig und erschwere die Analyse konkreter Konflikte. Die vierte Generation stellt deshalb in Frage, ob der Begriff als Analysekategorie überhaupt geeignet ist, da Knappheit immer relativ sei: Das Konzept wäre nur tragfähig, wenn die soziale Konstruiertheit von »Reichtum« und »Mangel« endlich berücksichtigt würde. Zusammenfassend gesagt, bemängelt die vierte Forschergeneration, dass der Mensch als sozialer Akteur in der Umweltkonfliktforschung bislang kaum, in jedem Fall aber zu wenig berücksichtigt wird. Die vorrangig positivistischen, an einer angeblich objektiven Rationalität orientierten Konfliktanalysen vernachlässigen die Tatsache, dass Konflikte immer auch von subjektiver Rationalität bestimmt sind. So kann die Ressource Wasser zum Beispiel zwar objektiv knapp sein, gleichzeitig aber als ausreichend und nur politisch verknappert wahrgenommen werden.

Fallstudien zu »Wasser als Konfliktstoff«

Aus Platzgründen beschränkt sich dieser Artikel auf wenige typische Beispiele internationaler Konflikte, in denen zwei oder mehr Anrainerstaaten Ansprüche auf eine Wasserressource erheben.

Der Nil

Im Nilbecken ist nicht, wie in vielen anderen Fällen, der Oberanrainer die einflussreichste Konfliktpar-

¹Eine ausführlichere Analyse der verschiedenen Forschungsgenerationen findet sich bei FRÖHLICH (2010). Im Interesse einer übersichtlichen Gliederung werden die unterschiedlichen Ansätze hier in Generationen aufgeteilt; trotzdem sind sie nicht homogen. Die Forschungsansätze gehen ineinander über und existieren parallel zueinander.

²Vgl. RINGSTORFF (2003), 21/22.

³Der Name leitet sich von Robert Malthus ab (1766–1834), der in seinem »Essay on Population« (1798) ausführte, dass mit wachsendem Bevölkerungswachstum immer größere Mengen an Lebensmitteln notwendig seien, um das Überleben der Menschen zu sichern. Gleichzeitig sei jedoch der Raum für den Anbau dieser Nahrungsmittel begrenzt; die logische Folge dieser Entwicklung sei ein Mangel an Lebensmitteln, Hunger und Mangelernährung.

⁴Nils Petter Gleditsch, Vortrag beim International Expert Workshop »Water, Development and Cooperation. Comparative Perspective: Euphrates-Tigris and Southern Africa«, veranstaltet von BICC und ZEF, Bonn, 1.3.2004.

⁵Siehe zum Beispiel hier: <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-11913940>. Weiterführend dazu <http://siwi.us1.list-manage1.com/track/click?u=1670ed7dfac0b6a61d525a16&id=1b977a479b&e=e71541d87a>

tei, sondern im Gegenteil der Unteranrainer, nämlich Ägypten (s. Abb. 3.2.5-1). Dies liegt in der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit des Landes in der gesamten Region begründet. Allen Regierungen der Region ist die Bedeutung von Wasser für ihre sozioökonomische Entwicklung bewusst, so dass es zum nationalen Sicherheitsinteresse gehört, so viele Wasserrechte wie möglich für den eigenen Staat zu sichern. Im Einzugsgebiet des Nils leben mehr als 140 Mio. Menschen; zehn Länder teilen sich sein Wasser (s. dazu Kap. 3.2.6).

Bevölkerungswachstum und die Art und Weise der vorwiegenden Ressourcennutzung lassen den Druck auf die Ressource stetig steigen.

Ägypten erhebt Anspruch auf den größten Teil des Nilwassers, mit dem es bisher gut 90% seines Wasserbedarfs deckt. Der Staat ist also von Wasserressourcen abhängig, die außerhalb seiner Grenzen entspringen; 86% des Nilwassers entstammt der Äthiopischen Hochebene (s. Abb. 3.2.5-1). Aus diesem Grunde reagierte Ägypten mit politischen und militärischen Drohgebärden auf ein äthiopisches Vorhaben, große Staudämme am Oberlauf des Nils zu bauen. Ein solcher Staudamm wäre jedoch für Äthiopien sehr hilfreich, um Felder bewässern und so letztlich den Hungersnöten ein Ende setzen zu können. Auch gegenüber dem Sudan hat Ägypten in der

Vergangenheit Druck ausgeübt: sudanesishe Überlegungen, den Vertrag von 1959 zwischen Sudan und Ägypten über die Nutzung des Nilwassers zu kündigen, führten zu ähnlichen Drohungen. Ägypten stellt sich unter anderem auch deshalb gegen die Bildung eines selbständigen südsudanesischen Staates, weil dies einen weiteren Anrainer mit eigenen Ansprüchen auf das Nilwasser bedeuten würde⁵. Zudem würde dieser neue Anrainer nicht an Ägypten grenzen, befände sich also weiter außerhalb ägyptischer Einflussnahme.

Es stehen sich also in der Diskussion über die Allokation des Nilwassers mehrere sehr verschiedene politische und wirtschaftliche Ansprüche und Bedürfnisse in der Region gegenüber. Schon heute leidet ein Großteil der Bevölkerung an Unterernährung; Konflikte und Kriege sind keine Seltenheit, wie etwa in Ruanda, Burundi, Uganda, Sudan und zwischen Äthiopien und Eritrea. Und doch haben sich die Staaten des Einzugsgebiets in der so genannten »Nile Basin Initiative« zusammengeschlossen, und institutionalisierten so die internationale Kooperation der Anrainer im Wassermanagement. Heute treffen sich die Vertreter der Nil-Länder auf Ministerebene einmal jährlich im sogenannten »Nile Council of Ministers« (Nile COM). Außerdem tritt das »Nile Technical Advisory Committee« (Nile TAC) vier- bis fünfmal im Jahr zusammen.



Abb. 3.2.5-1: Der Nil.
© Henrie - Fotolia.com

Das »Agreement on the Nile River Basin Cooperative Framework«, das die institutionelle Struktur und rechtliche Basis für die Kooperation in Entwicklung und Management des Nilbeckens regeln soll, wurde nach 13 Jahren Verhandlung am 14. Mai 2010 von den Oberanrainern unterzeichnet. Allerdings boykottierten Ägypten und der Sudan dies; sie wollen stattdessen die aus ihrer Sicht noch offenen Punkte des Abkommens weiterdiskutieren, da sie die Einheit des Nilbeckens und die Verwirklichung ihrer Entwicklungspläne gefährdet sehen. Einerseits ist hier positiv zu bemerken, dass ein Konflikt, der vor wenigen Jahren noch mindestens zu rhetorischem Säbelrasseln geführt hätte, nun mit diplomatischen, nicht militärischen Mitteln bearbeitet wird. Andererseits zeigt sich hier die von der oben erwähnten vierten Generation der Umweltkonfliktforscher ins Zentrum ihrer Analysen gerückte politische Aufladung der Ressource Wasser, die sich sowohl als Katalysator für Kooperation als auch für Konflikt eignet.

Der Indus

Der Indus liefert Wasser für mehr als 100.000 km² Land; dies ist weltweit die größte Bewässerungsfläche eines einzelnen Flusssystemes. Das Flussgebiet liegt zum größten Teil in Pakistan, erhält aber wichtige Zuflüsse aus Indien. Schon unter britischer Herrschaft hatte es Verteilungskonflikte im Indusbecken gegeben, die durch die Teilung des indischen Subkontinents internationalisiert wurden. Die neu entstandenen Staaten stimmten nicht darin überein, wie das Wasser des Indus verwaltet und aufgeteilt werden sollte. Indien, das nach der Teilung über die Quellflüsse des Indusbeckens verfügte, verfolgte andere Ziele als Pakistan, und machte dies zum Beispiel deutlich, indem es 1948 die Wasserzuflüsse des Divalpur Kanals und der Hauptarme des Upper Bari Daab Kanals drastisch reduzierte bzw. ganz abstellte. Die auf dem Gebiet des heutigen Pakistan lebenden Menschen nutzten jedoch seit Jahrhunderten Induswasser für die Landwirtschaft und fühlten



Abb. 3.2.5-2: Der Indus ist der längste Fluss auf dem indischen Subkontinent und fließt durch China, Indien und Pakistan.
© zorani – iStockphoto

sich deshalb durch die indischen Maßnahmen in ihrer Existenz bedroht. Im Jahre 1951 waren die Verhandlungen über eine Regelung der Wasserverteilung zwischen Pakistan und Indien so festgefahren, dass eine Lösung unerreichbar schien. Gleichzeitig kündigte sich ein Krieg um Kaschmir an; der Konflikt um die Wasseraufteilung verschärfte die politischen Gegensätze zwischen den Parteien zusätzlich. Doch gleichzeitig schien eine Kooperation im Bereich des Wassermanagements eine Möglichkeit zu sein, den politischen Konflikt um Kaschmir zu entschärfen.

Im Dezember 1954 nahmen die beiden Parteien auf Drängen der Weltbank tatsächlich die Verhandlungen um den Indus wieder auf; sechs Jahre später

unterzeichneten sie einen Vertrag, der die Wasseraufteilung regelte und das kooperative Management des Indus institutionalisierte. Die »Permanent Indus Commission« hat mittlerweile mehrere Kriege überdauert und ist weiterhin ein Instrument der Konsultation und Konfliktlösung durch Inspektionen, Datenaustausch und gegenseitige Besuche. Der Vertrag über den Indus ist der einzige Vertrag, den Indien und Pakistan gemeinsam implementiert und aufrecht erhalten haben; Konflikte werden also auch hier mit politischen Mitteln gelöst, wie das aktuelle Beispiel des indischen Kishanganga Hydroenergieprojekts zeigt. Dieses Projekt ist sehr umstritten, denn Pakistan rechnet mit Verlusten in Höhe von 6 Mrd. Rupien im Jahr und die Bauweise



Abb. 3.2.5-3: Stakna Gompa, zu deutsch das Tigernasen-Kloster, liegt in Tibet am Oberlauf des Indus.
© Bartosz Hadyniak / istockphoto

der indischen Anlage erlaubt es, Wasser zu verknappen bzw. Teile Pakistans zu fluten. Der Konflikt wird jedoch politisch, nicht militärisch bearbeitet: Er steht kurz vor seiner Verhandlung vor dem internationalen Schiedsgerichtshof.

Der Jordan

Ein weiteres Beispiel für Wasserkonflikte ist der Nahe Osten, der von jeher zu den wasserärmeren Regionen der Welt gehört. Schon in der Bibel sind Brunnen und Wasser wohl auch deshalb symbolisch von großer Bedeutung. Das Jordanbecken gehört zu den 261 internationalen Flussläufen und -becken dieser Erde, die zwei oder mehr Anrainer haben. Klima und Geographie zusammen mit der politischen Situation in der Region machen das Jordanbecken zum wohl meistzitierten Beispiel für internationale Wasserressourcen mit Konfliktpotenzial.

Nutzbare Wasser liefern der Jordan mit seinen Quell- und Zuflüssen (Hasbani und Banyas in Syrien, Dan in Israel, Yarmuk in Jordanien), der See Genezareth und die verschiedenen Grundwasserleiter (Bergaquifer unter der Westbank, Küstenaquifer unter dem Gaza-Streifen und der israelischen Küste sowie weitere noch wenig erschlossene – und wenig ergiebige – Aquifere, s. *Abb. 3.2.5-2*). Schon vor dem Sechstagekrieg 1967 sorgte Wasser in der Region für Konflikte: Israel plante eine Umleitung des Jordanwassers oberhalb des See Genezareth in den sehr ariden Süden des Landes, während Syrien beabsichtigte, einen Teil des Wassers aus Hasbani und Banyas, die beide auf den Golanhöhen entspringen, für Bewässerungsprojekte und Trinkwasserversorgung zu nutzen. Dies beantwortete Israel von 1964 bis zum Krieg von 1967 mit Bombenangriffen auf die syrischen Baustellen. Zu den Ergebnissen des Sechstagekriegs selbst zählt, dass seither der Großteil der natürlichen regionalen Wasservorkommen unter israelischer Kontrolle steht.

Die heutigen Anrainer des Wassereinzugsgebiets sind Syrien, Jordanien, Israel und das palästinensische Volk. Der unsichere politische Status der Palästinenser trägt zu ihrer schwachen Verhandlungsposition bei. So werden die Interessen der Palästinenser z.B. im Friedensvertrag von 1994 zwischen Israel und Jordanien, in dem die Wasseraufteilung eine wichtige Rolle spielt, ausgeklammert. Die Konflikte in Bezug auf Wasser zwischen diesen Parteien sind vielfältig: Jordanien und Israel konkurrieren um das Wasser des Jordan, Syrien und Israel streiten über das Wasser der Golanhöhen, und die Palästinenser verlangen eine grundsätzliche Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse, da sie bisher vollständig vom Jordanwasser und weitgehend vom Wasser des Bergaquifers abgeschnitten sind.

Insbesondere im israelisch-palästinensischen Konflikt um Wasser zeigt sich, dass es vor allem die verschiedenen Wahrnehmungen der Ressource sind, die eine Lösung des Konflikts verhindern. So gilt das gleiche Wasser den Israelis als absolut knapp und also als existentielle Bedrohung, welches die Palästinenser für grundsätzlich ausreichend und lediglich politisch verknapp halten. Diese konkurrierenden Wahrnehmungen sind es, die die Umsetzung der – zahlreich vorhandenen – Lösungsvorschläge für die Wasserproblematik verhindern⁶.

Euphrat und Tigris

Das Euphrat-Tigris-Becken ist seit Jahren Gegenstand von Konflikten zwischen den Anrainerstaaten Türkei, Syrien und Irak. Die beiden Flüsse entspringen in der Türkei, und die türkische Regierung nimmt als Oberanlieger für sich das Recht in Anspruch, große Teile des Wassers aus diesen Flussläufen für eigene Projekte zu verwenden. Besonders das GAP-Projekt⁷, das den Bau von mehr als zwanzig Staudämmen im Osten der Türkei vorsieht, staut riesige Wassermengen auf türkischem Staatsgebiet. Dieses soll neben der Elektrizitätserzeugung auch zur Bewässerung von Agrarflächen dienen. Durch die Stauung an sich und die damit verbundenen sehr hohen Verdunstungsverluste wird die Wassermenge, die den Unteranrainern zur Verfügung steht, wesentlich verringert. Zwar verweist die Türkei darauf, dass die Unteranrainer auch trotz dieses Großprojektes die vereinbarten Wassermengen erhalten, doch kommt das Wasser nicht unbedingt zu den Zeiten dort an, zu denen es von der syrischen und irakischen Landwirtschaft auch gebraucht wird. In Verhandlungen wurde bisher keine Einigung erreicht, da die Türkei militärisch überlegen und durch ihre NATO-Mitgliedschaft privilegiert ist, so dass weder Syrien noch Irak sich in einer guten Verhandlungsposition befinden.

Wasser ist in der Region besonders vom Oberanlieger Türkei als politisches Druckmittel verwendet worden, zum Beispiel, um die syrische Regierung zu zwingen, die Unterstützung der PKK einzustellen. Und trotzdem gibt es Verträge zwischen den Anrainerstaaten, die politische und militärische Konflikte überdauern haben. Einen genuinen Krieg um Wasser hat es auch in dieser Region noch nicht gegeben; Wasser ist – erneut – ein Druckmittel, ein einzelner Aspekt eines größeren politischen Konflikts, der zu politischen Zwecken instrumentalisiert wird.

⁶ Weiterführend dazu: Fröhlich (2010).

⁷ GAP (Güneydoğu Anadolu Projesi) ist ein regionales Entwicklungsprojekt zur sozioökonomischen Entwicklung des südostanatolischen Gebietes.

Schlussbemerkung

Wie die Fallbeispiele gezeigt haben, sind Konflikte um die knappe Ressource Wasser hochkomplex. Es handelt sich in aller Regel nicht um reine Verteilungskonflikte, zumindest, wenn es um internationale Wasserressourcen geht; immer spielen auch machtpolitische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Aspekte eine Rolle. Von schlagzeilentauglichen »Wasserkriegen« kann auch mittelfristig keine Rede sein; Wasser ist im Gegenteil nicht nur Konfliktstoff, sondern auch „Friedensstoff“. Kurt Spillmanns Diktum ist auch nach zehn Jahren noch aktuell: »Zwischenstaatliche Kriege über erneuerbare Ressourcen wie Wasser sind auch gegenwärtig wenig wahrscheinlich, da die Nutzung erneuerbarer Ressourcen weder einfach noch schnell in Macht umgewandelt werden kann« (SPILLMANN 2000). Es gibt zudem vielfältige technische und politische Möglichkeiten, Wasserkonflikte friedlich zu lösen.

Zurücklehnen dürfen wir uns trotzdem nicht, denn von einer Lösung ist die Wasserproblematik weit entfernt. Die Umsetzung der zahlreich vorhandenen Lösungsmöglichkeiten für Wasserkonflikte scheitert weiterhin oftmals an machtpolitischem Kalkül. So spielen Faktoren wie nationale Zugehörigkeit oder politischer Einfluss bei der Wasserverteilung immer noch eine Rolle. Die Ressource wird politisiert – genau hier müssen Lösungen ansetzen.

Literatur

- FRÖHLICH, CHRISTIANE (2006): Zur Rolle der Ressource Wasser in Konflikten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25/2006, http://www.bpb.de/publikationen/AQYK1U,0,Zur_Rolle_der_Ressource_Wasser_in_Konflikten.html
- FRÖHLICH, CHRISTIANE (2010): Der israelisch-palästinensische Wasserkonflikt. Diskursanalytische Betrachtungen. Wiesbaden: VS Verlag, Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens, 384 pp.
- RINGSTORFF, STEFAN (2003): Der sicherheitspolitische Diskurs um Umweltgefahren. Internationale Forschungsansätze und ihre Verankerung in politischen Leitbildern Deutschlands. Universität Hamburg. Nicht veröffentlichtes Manuskript, ca. 100 pp.
- SPILLMANN, KURT R. (2000): Kriegsursache der kommenden Generation? Der Kampf um das Wasser. Internationale Politik, Dezember 2000, Nr. 12, 55. Jahrgang.
- WOLF, AARON (Hrsg.) (2002): Conflict Prevention and Resolution in Water Systems. Cheltenham, U.K.: Edward Elgar, 800 pp.

Dr. Christiane J. Fröhlich
Friedens- und Konfliktforschung
Forschungsstätte der Evangelischen
Studiengemeinschaft FEST e.V.
Schmeilweg 5 - 69118 Heidelberg
christiane.froehlich@fest-heidelberg.de